



IALANA Deutschland e.V. – Vereinigung für Friedensrecht
Deutsche Sektion der International Association Of Lawyers Against Nuclear Arms

IALANA, Marienstraße 19-20, 10117 Berlin

Frau Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Berlin, 20. Januar 2021

VORSTAND:

Vorsitzender:

Otto Jäckel
Rechtsanwalt, Wiesbaden

Stellv. Vorsitzender:

Amela Skiljan
LL.M. Eur, Berlin

Finanzverantwortlicher:

Peter Becker
Rechtsanwalt, Lohfelden

Wolfgang Alban

Richter am Kammergericht i.R., Berlin

Gerhard Baisch
Rechtsanwalt, Bremen

Wilko Bauer
Rechtsanwalt, Angermünde

Juliane Beck
Studentin, Berlin

Dr. Felix Boor
Rechtswissenschaftler, Hamburg

Dr. Philipp Boos
Rechtsanwalt, Berlin

Tomislav Chagall
Rechtsreferendar, Frankfurt a.M.

Dr. Heiner Fechner
Postdoctoral Researcher, Bremen

Bernd Hahnfeld
Richter i. R., Köln

Kornelia Kania
Vorsitzende Richterin am LAG (Hamm),
Barsinghausen

Katja Keul, MdB
Rechtsanwältin, Nienburg

Prof. Dr. Manfred Mohr
Berlin

Verena Nachreiner
Rechtsanwältin, Gräfendorf

Volkert Ohm
Rechtsanwalt, Bremen

Viktor Pews
Rechtsanwalt, Berlin

Hartmut Schneider
Richter i.R., Lübeck

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT:

Jan van Aken, Hamburg

Prof. Dr. Michael Bothe, Frankfurt a.M.

Daniela Dahn, Publizistin, Berlin

Prof. Dr. Wolfgang Däubler, Bremen

Prof. Dr. Erhard Denninger, Frankfurt a.M.

Dipl.-Pol. Annegret Falter, Berlin

Prof. Dr. Andreas Fischer-Lescano, Bremen

Prof. Dr. Hans-Joachim Heintze, Bochum

Prof. Dr. Martina Haedrich, Jena

Prof. Dr. Felix Hanschmann, Berlin

Gabriele Krone-Schmalz, Journalistin

Karl-Wilhelm Lange,
Regierungspräsident a.D.,
Braunschweig/Hann.-Münden

Prof. Dr. Norman Paech, Hamburg

Hans-Christof von Sponneck,
Beigeordneter des Generalsekretärs der
Vereinten Nationen, Müllheim

apl. Prof. Dr. Carmen Thiele,
Frankfurt/Oder

Jürgen Trittin, MdB, Göttingen

Prof. Dr. Herbert Wulf, Pinneberg

GESCHÄFTSFÜHRER:

Lucas Wirl, Berlin

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel,

wir wenden uns hiermit an Sie und zugleich an alle Mitglieder der Bundesregierung und die Abgeordneten des Deutschen Bundestages mit dem dringenden Appell:

Unterzeichnen und ratifizieren Sie den Atomwaffenverbotsvertrag!

Stoppen Sie die Stationierung der neuen US amerikanischen B 61-12 Atombomben auf dem Fliegerhorst der Bundesluftwaffe in Büchel und die damit verbundene neue gefährliche atomare Aufrüstung auf deutschem Boden!

Unterlassen Sie die geplante Anschaffung von 45 US amerikanischen F 18 Jagdflugzeugen als Kernwaffenträger für das taktische Luftwaffengeschwader 33 der Bundeswehr!

Wir befinden uns derzeit an einer wichtigen Wegkreuzung in der Auseinandersetzung um die Nuklearrüstung auf deutschem Boden. Einerseits hat am 24. Oktober 2020 der 50. Staat den Atomwaffenverbotsvertrag ratifiziert, sodass dieser am 22. Januar 2021 in Kraft treten wird. Damit ist die Tür weit offen für eine neue Dynamik mit dem Ziel der Abschaffung aller Atomwaffen.

Andererseits weigert sich die Bundesregierung noch immer, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen und beteiligte sich stattdessen im Oktober 2020 erneut an einem militärischen Manöver, in dem unter dem Namen Steadfast Noon der Atomkrieg geprobt wurde. Im Zentrum steht dabei der Einsatz der 46 Tornados des taktischen Luftwaffengeschwaders 33 in Büchel im Rahmen der „nuklearen Teilhabe“. Geübt wurde nach einem Korrespondentenbericht der FAZ aus dem NATO-Hauptquartier in Brüssel der Einsatz von Atomwaffen gegen Ziele in Russland.

Ehrenpräsident der International Association Of Lawyers Against Nuclear Arms

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Christopher Gregory Weeramantry

(17. November 1926 – 5. Januar 2017)

Vizepräsident des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag i. R.

Träger des UNESCO Prize for Peace Education 2006 / Träger des Right Livelihood Award 2007

IALANA Geschäftsstelle
Marienstraße 19-20
10117 Berlin

Tel.: (030) 20 65-48 57
Fax: (030) 20 65-48 58
E-Mail: info@ialana.de
Homepage: www.ialana.de

Bankverbindung:
IBAN: DE64 5335 0000 1000 6680 83
BIC: HELADEF1MAR
Sparkasse Marburg-Biedenkopf

Als gemeinnützig anerkannt durch Bescheide des Finanzamtes vom 21.2.90, 8.9.93, 26.2.97, 19.07.02, 15.11.05, 2.5.08, 6.6.11, 18.11.14 u. 14.02.2019
St.-Nr. 3125006329.

DER EINSATZ VON ATOMWAFFEN WIRD WAHRSCHEINLICHER

Mit dem inzwischen entfachten Handelskrieg und der tiefen Wirtschaftskrise, die durch die COVID-19 Pandemie weltweit Platz greift, drohen neue bewaffnete Konflikte, die das Risiko in sich bergen, in einen mit Nuklearwaffen ausgetragenen Krieg zu eskalieren. Die Territorialkonflikte im südchinesischen Meer, im Mittelmeer zwischen der Türkei, Griechenland und Zypern und in Bergkarabach erregen aktuell unsere Besorgnis. Schon in einer Bundestagsdebatte vom 25. Juni 2008 hatte der seinerzeitige außenpolitische Sprecher der CDU/CSU Fraktion Eckart von Kläden einen möglichen bewaffneten Konflikt zwischen Israel und dem Iran als Szenario für einen Nuklearwaffeneinsatz durch Deutschland gegen den Iran beschrieben. Von dem amerikanischen Journalisten Bob Woodward wissen wir, dass Trumps ehemaliger Verteidigungsminister Mattis mit konkreten Vorbereitungen zu einem Atomwaffeneinsatz gegen Nordkorea befasst war.

Neue Atomwaffen, wie die jetzt in den USA entwickelte B 61-12 Bombe, die wie eine Lenkwaffe ins Ziel gesteuert werden kann und deren Sprengwirkung regulierbar ist, senken die Hemmschwelle, sie im bewaffneten Konflikt einzusetzen. Die neuesten Militärplanungen der NATO sehen vor, den Einsatz von Atomwaffen mit niedriger Sprengkraft in die konventionelle Kriegsführung auf dem Gefechtsfeld zu integrieren. Wer ständig den Einsatz von Atomwaffen übt und damit droht, der wird am Ende auch den Einsatzbefehl erteilen.

Der politische Wechsel in den USA ist zudem ein Anlass, die transatlantischen Beziehungen zwischen Deutschland und den USA auf der Grundlage des Friedensgebots des Grundgesetzes und der Charta der Vereinten Nationen und der Regeln des humanitären Völkerrechts neu auszurichten.

DER EINSATZ VON ATOMWAFFEN UND DIE DROHUNG MIT DEREN EINSATZ VERSTOSSEN GEGEN DAS HUMANITÄRE VÖLKERRECHT.

Der Einsatz von Atomwaffen durch deutsche Soldaten wäre wegen des damit verbundenen Verstoßes gegen vielfältige Regeln des humanitären Völkerrechts rechtswidrig. Dies ergibt sich aus dem epochalen Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshof der Vereinten Nationen, das dieser im Auftrag der Generalversammlung der VN am 08. Juli 1996 erstattet hat. Die Drohung mit dem Einsatz und der Einsatz von Atomwaffen verstoßen danach generell gegen die Prinzipien und Regeln des Völkerrechts, die für bewaffnete Konflikte gelten. Deren Waffenwirkung unterscheidet nicht zwischen Kombattanten und Zivilisten, sie verursacht unnötige Qualen, führt zu Schäden an den Lebensgrundlagen der Menschen und der Umwelt und zieht grenzüberschreitend Staaten in Mitleidenschaft, die am Konflikt unbeteiligt sind.

In diesem Zusammenhang beruft sich die Bundesregierung stets darauf, dass der IGH im Tenor seines Gutachten auch erklärt hat, er könne angesichts der gegenwärtigen Lage des Völkerrechts und angesichts des ihm zur Verfügung stehenden Faktenmaterials nicht definitiv die Frage entscheiden, ob die Androhung oder der Einsatz von Atomwaffen in einer extremen Selbstverteidigungssituation, in der die Existenz eines Staates auf dem Spiel stünde, rechtmäßig oder rechtswidrig wäre.

Aus dem Kreis der Atomwaffenstaaten war argumentiert worden, dass der Einsatz von Atomwaffen in einer extremen Notwehrsituation jedenfalls dann erlaubt sein müsse, wenn es sich bei den eingesetzten Atomwaffen um „saubere“ Atomwaffen mit

niedriger Sprengkraft handele. Die Aussage des Gerichts hierzu war der Tatsache geschuldet, dass nach der Feststellung des IGH keiner der Staaten, die für die Rechtmäßigkeit der Anwendung von Atomwaffen eintreten, in dem Verfahren näher ausgeführt hatte, welche die genauen Bedingungen eines solchen ausnahmsweise zulässigen Einsatzes sein sollten und welche Eigenschaften angeblich „saubere“ Atomwaffen haben könnten. Wie der seinerzeitige Präsident des IGH, Mohammed Bedjaoui, in einer Besprechung des Gutachtens erklärte, bekundete der Gerichtshof mit dieser Passage lediglich seine fehlende Information über die von den Atomwaffenstaaten behauptete mögliche Entwicklung von „sauberen“ Atomwaffen. Nach seiner Überzeugung sei gerade die bei der Explosion von Atomwaffen freigesetzte radioaktive Strahlung die typische Eigenschaft von Atomwaffen, die gegen das humanitäre Völkerrecht verstoße. „Saubere“ Atomwaffen, die keine radioaktive Strahlung verursachten, seien eben keine Atomwaffen mehr.

Entscheidend bleibt somit, dass der IGH in den Gründen seines Gutachtens wiederholt betont hat, Notwehr sei nur mit Waffen erlaubt, deren Anwendung den Prinzipien und Regeln des humanitären Völkerrechts nicht widersprechen; der IGH hat erklärt, dass das Notwehrrecht nach Art. 51 UN-Charta durch das humanitäre Völkerrecht eingeschränkt ist, „welche Mittel der Gewalt auch eingesetzt werden.“ Damit ist Notwehr mit Atomwaffen grundsätzlich völkerrechtlich verboten, weil diese nach dem gegenwärtigen Stand der Waffentechnik nicht zwischen Zivilisten und Kombattanten unterscheiden, vor allem durch ihre radioaktive Strahlung unnötige Qualen verursachen und neutrale Staaten grenzüberschreitend in Mitleidenschaft ziehen.

Zudem kann durch die ausdrückliche Erklärung des IGH, dass er über den Einsatz von Atomwaffen in einem bestimmten Szenario unter bislang unbekanntem Bedingungen keine Entscheidung treffe, nicht der Schluss gezogen werden, er habe diese Frage in dem Sinne beantwortet, der Einsatz in diesem Szenario sei völkerrechtlich zulässig. Eine Frage offen zu lassen heißt eben gerade nicht, sie zu bejahen.

Die Regeln des humanitären Völkerrechts sind danach auch im Falle der Verteidigung in einer Notwehrsituation zur Abwehr eines akuten Angriffs nach Art. 51 UN-Charta zu beachten und gelten somit auch in jedem erdenklichen Bündnisfall nach Art. 5 des NATO-Vertrags.

Für die B 61-12 Bomben gilt nichts anderes. Sie sind keine „sauberen“ Atombomben. Ihr Einsatz wäre ein Verstoß gegen humanitäres Völkerrecht und ein größtmögliches Kriegsverbrechen. Ihre Stationierung auf deutschem Boden muss verhindert werden!

DIE ÜBERNAHME VON ATOMWAFFEN DER USA UND DEREN EINSATZ DURCH DEUTSCHE SOLDATEN VERSTÖSST GEGEN DIE VERPFLICHTUNG DEUTSCHLANDS AUS DEM NICHT-VERBREITUNGSVERTRAG

Die Übergabe der US-amerikanischen Atombomben durch die USA an die Soldaten der Bundeswehr in dem Fall eines Nuklearwaffeneinsatzes würde gegen Art. II NVV verstoßen. Darin heißt es:

„Jeder Nichtkernwaffenstaat, der Vertragspartei ist, verpflichtet sich, Kernwaffen und sonstige Kernsprengkörper oder die Verfügungsgewalt darüber von niemandem unmittelbar oder mittelbar anzunehmen...“

Nach diesem eindeutigen Wortlaut des Vertrages wäre die Übernahme von Atom-

bomben durch deutsche Soldaten, wie sie gerade im Oktober 2020 in der Übung „Steadfast Noon“ wieder geprobt wurde, vertragswidrig. Der Vertrag ist durch seine Ratifizierung gemäß Art. 59 Abs. II GG zugleich Bestandteil des Bundesrechts. Auf dessen Einhaltung haben die Mitglieder der Bundesregierung ihren Amtseid geschworen. Zudem entspricht die Beachtung der Regeln des NVV der Bindung der Öffentlichen Gewalt an Gesetz und Recht gemäß Art. 20 Abs. III GG.

Die Einwendungen, die die Bundesregierung hiergegen erhebt, sind nicht tragfähig.

Nach einer „Kurzinformation“ des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages WD 2 – 3000 – 147/19 (7. Januar 2020), die auch die Auffassung der Bundesregierung wiedergibt, soll diese Verbotsregelung des NVV der nuklearen Teilhabe nicht entgegenstehen, denn darunter verstehe man „Zwei Schlüssel-Vereinbarungen“, die festlegten, dass der Kernwaffenstaat und der Staat, in dessen Hoheitsgebiet Kernwaffen stationiert sind, nur gemeinsam über deren Einsatz entscheiden könnten. Eine Weitergabe von Kernwaffen im Sinne des Art. II NVV stelle dies nicht dar. Mehr wird dazu nicht gesagt. Dabei wird verkannt, dass diese Interpretation dem eindeutigen Wortlaut und dem Sinn und Zweck der Regelung widerspricht. Durch die Übergabe der Atomwaffen gelangen die Soldaten der Bundeswehr und damit die Regierung der Bundesrepublik Deutschland eben in deren unmittelbaren Besitz, selbst wenn die USA durch einen Einsatzvorbehalt einen „zweiten Schlüssel“ und damit den mittelbaren Besitz behalten sollten. Genau dies ist aber der Vorgang, der in der vertraglichen Verbotsnorm beschrieben ist. Die Argumentation stellt somit nur eine fadenscheinige Ausflucht dar.

Die zweite Argumentation der Bundesregierung stützt sich auf einen vermeintlichen Vorbehalt, den die Bundesregierung bei Unterzeichnung des Vertrages erklärt habe. Dieser sei dem „Rusk-Brief“ vom 09.07.1968 an Präsident Johnson und den US-Senat zu entnehmen. Danach sollen die Verpflichtungen aus dem NVV dann nicht mehr gelten, wenn „eine Entscheidung, Krieg zu führen, getroffen wird“. Dieser Vorbehalt verstößt gegen Sinn und Zweck des Vertrages und ist damit gemäß Art. 19 Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge aus materiell-rechtlicher Sicht unwirksam. Die Interpretation würde darauf hinauslaufen, dass jeder Atomwaffenstaat in jedem bewaffneten Konflikt dazu berechtigt wäre, jeden seiner Verbündeten mit Atomwaffen auszurüsten. Gerade dies soll durch den Vertrag aber verhindert werden. Im Übrigen fehlt es schon an der formellen Rechtmäßigkeit gemäß Art. 23 WÜV, da die „Interpretationserklärung“ den übrigen 190 Vertragspartnern des NVV nicht bekannt gemacht wurde.

OHNE ATOMWAFFENVERZICHT KEINE DEUTSCHE EINHEIT

Ohne das Einhalten der Verpflichtungen aus dem NVV und den konsequenten Verzicht auf ABC-Waffen wäre die deutsche Wiedervereinigung mit dem 2+4 Vertrag von 1990 vor 30 Jahren nicht zustande gekommen. Nach der Darstellung des damaligen Leiters der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes und Völkerrechtsberaters der Bundesregierung Martin Ney in seinem Aufsatz „Der 2+4 Prozess aus der Sicht des Rechtsberaters“ in der Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 75 2015, 619-633 war der 2+4 Vertrag im Obersten Sowjet heiß umstritten. Dass das Gebiet der ehemaligen DDR künftig der NATO angehören solle, war für die damalige Sowjetunion eine schwer erträgliche Vorstellung. Den Verhandlungsdurchbruch brachte erst die Rede von Außenminister Genscher anlässlich der Vierten Überprüfungskonferenz des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen

am 22.08.1990, in der er diesen Verzicht bekräftigte sowie dessen ausdrückliche Aufnahme in Art. 3 Abs. 1 des 2+4 Vertrages.

Darin heißt es: „Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihre Verpflichtung auf den Verzicht auf Herstellung und Besitz von und auf Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen. Sie erklären, dass auch das vereinte Deutschland sich an diese Verpflichtungen halten wird. Insbesondere gelten die Rechte und Verpflichtungen aus dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vom 1. Juli 1968 für das vereinte Deutschland fort.“

Die Übernahme von US-amerikanischen Atomwaffen und deren Einsatz durch das taktische Luftwaffengeschwader 33 der Bundesluftwaffe wäre auch ein Bruch des Vertrags, durch den Deutschland seine Einheit und uneingeschränkte Souveränität wieder gewonnen hat.

VERTRAG ÜBER DAS VERBOT VON KERNWAFFEN (TPNW) ENTSCHEIDENDER SCHRITT ZUR ERFÜLLUNG DER ABRÜSTUNGSVERPFLICHTUNG AUS ART. VI NVV

Am 24. Oktober 2020 hat der fünfzigste Staat den „Vertrag über das Verbot von Kernwaffen“ (TPNW) ratifiziert. Neunzig Tage nach Hinterlegung der entsprechenden Urkunde bei der UN, am 22. Januar 2021, tritt der Vertrag in Kraft und wird dann für alle Staaten rechtsverbindlich, die dem Vertrag beigetreten sind.

Der Atomwaffenverbotsvertrag wurde unter dem Dach der UN verhandelt und am 7. Juli 2017 in New York von den Vertretern der teilnehmenden Staaten mit 122 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung angenommen. Die Atomwaffenstaaten haben sich daran nicht beteiligt.

Der Vertrag bekräftigt die sich aus Art. VI des NVV ergebende Verpflichtung, in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen und erfolgreich abzuschließen, die zur vollständigen atomaren Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle führen. Diese Verpflichtung hat der Internationale Gerichtshof 1996 in seinem Gutachten für die UN-Generalversammlung einstimmig hervorgehoben. Sie wird nun durch den Boykott des TPNW durch die Atomwaffenstaaten und alle NATO-Mitglieder erneut missachtet.

Der Beitritt zu dem Abkommen verpflichtet seine Vertragsstaaten schon jetzt dazu, ihr Staatsgebiet zu atomwaffenfreien Zonen zu machen. 51 Staaten sind diesen Schritt bereits gegangen und machen die Welt damit ein großes Stück sicherer.

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel,

wir rufen Sie und die Mitglieder der Bundesregierung und alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages dazu auf: Gehen Sie diesen Weg mit!

Mit freundlichen Grüßen



Otto Jäckel

ErstunterzeichnerInnen:

- Helmut Adolf**, Bürgerinitiative OFFENEHEIDE, Berlin
- Wolfgang Alban**, Richter am Kammergericht i.R., Berlin
- Malte Albrecht**, Vorsitzender NaturwissenschaftlerInnen-Initiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit (NatWiss), Wiesbaden
- Hanne Adams**, Studienrätin i.R., Erfurt
- Dr. Helmut Aichele**, Seismologe, Erlangen
- Dr. Franz Alt**, Journalist und Autor, Baden-Baden
- PD Dr. Jürgen Altmann**, Physiker und Friedensforscher, Köln
- Thomas Armbruster**, Landschaftsgärtner, Baden-Baden
- Dr. Bernd Asbrock**, Richter i.R., Bremen
- Susanne Bahret**, Pfarrerin, Baden-Baden
- Gerhard Baisch**, Rechtsanwalt, Bremen
- Dr. Katie Baldschun**, Bundesarbeitskreis der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte In der Vereinten Dienstleistungswerkschaft – ver.di –, Dortmund
- Olaf Bandt**, Vorsitzender des BUND e.V., Berlin
- Frank-Markus Barwasser**, Kabarettist
- Wilko Bauer**, Rechtsanwalt, Angermünde
- Ralf-Uwe Beck**, Theologe und Bürgerrechtler, Eisenach
- Dr. Peter Becker**, Rechtsanwalt, Lohfelden
- Ralf Becker**, Koordinator der Initiative Sicherheit neu denken, Karlsruhe
- PD Dr. Johannes Becker**, Friedens- und Konfliktforscher an der Universität Marburg, Marburg
- Ingetraud Behnke**, Lehrerin, Mülheim
- Heinz Benemann**, Pfarrer i.R., Essen
- Detlev Besier**, Friedenspfarrer der Ev. Kirche der Pfalz, Leiter der Arbeitsstelle Frieden und Umwelt, Speyer
- Claus Biegert**, Journalist, Autor und Filmemacher, München
- Prof. i.R. Dr. Hanne-Margret Birckenbach**, Friedensforscherin, Hamburg
- Marlene Bitschnau**, Sozialarbeiterin, Argenbühl
- Roland Blach**, Geschäftsführer DFG-VK Baden-Württemberg, Koordinator Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“, Marbach am Neckar
- Prof. Dr. Karl-Hans Bläsius**, Initiative atomkrieg-aus-versehen.de, Longuich
- Simon Bödecker**, Referent für Öffentlichkeitsarbeit und Atomare Abrüstung bei Ohne Rüstung Leben, Stuttgart
- Konrad Borst**, vereidigter Übersetzer, Reutlingen
- Prof. i.R. Dr. Gerd Bosbach**, Statistiker und Demografieforscher, Köln
- Dr. Monika Bossung-Winkler**, Religionslehrerin, Vorsitzende von pax christi, Diözesanverband Speyer, Böhl-Iggelheim
- Hans-Ernst Böttcher**, Richter i.R., ehemaliger Präsident des Landgerichts Lübeck, Lübeck
- Gertie Brammer**, Mitglied Netzwerk Friedenssteuer, Redakteurin der Friedenssteuer Nachrichten, Dannenberg
- Prof. i.R. Dr. Peter Brandt**, Historiker und Publizist, Neue Entspannungspolitik jetzt!, Berlin
- Reiner Braun**, Geschäftsführer International Peace Bureau, Berlin
- Dirk Brauner**, Toningenieur & Unternehmer, Rees am Niederrhein
- Rita Bretz**, Gesamtschuldirektorin in Pension, Köln
- Prof. em. Dr. Lothar Brock**, Politologe, Frankfurt a.M.
- Stephan Brües**, Ko-Vorsitzender des Bund für Soziale Verteidigung (BSV), Wiesloch

Heinrich Bucker, Coop Anti-War Cafe, Ortsverband World Beyond War Berlin, Berlin
Uwe Bünker, Casting Director, Berlin
Dr. Eberhard Bürger, Ev. Pfarrer i.R., Magdeburg
Peter Bürger, Theologe und Publizist, Düsseldorf
Wolfgang Max Burggraf, Geschäftsführer der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für KDV und Frieden, Bonn
Connie Burkert-Schmitz, Sprecherin der Pfälzer Initiative „Entrüstet Euch!“, Sulzbachtal
Christine Busch, Vorsitzende der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF), Düsseldorf
Rainer Butenschön, Journalist, Hannover
Prof. Dr. Christoph Butterwegge, Politikwissenschaftler, Köln
Tomislav Chagall, Rechtsreferendar, Frankfurt a.M.
Dr. Angelika Claußen, Ärztin und Europa-Vizepräsidentin der IPPNW, Bielefeld
Dr. Heinrich Comes, Rechtsanwalt, Köln
Reiner Conrad, Mitglied Internationaler Versöhnungsbund, Mayen
Prof. Dr. Christoph Dalitz, Professor für Mathematik und Informatik an der Hochschule Niederrhein Krefeld, Kempen
Özlem Alev Demirel, Mitglied des Europaparlaments (MdEP), DIE LINKE., Brüssel/Düsseldorf
Prof. Dr. Frank Deppe, Politikwissenschaftler, Marburg
Dr. Richard Derber, Zahnarzt, Hetzerath
Thomas Dersee, Dipl.-Ing. und Herausgeber Strahlentelex, Schöneiche bei Berlin
Matthias Deutschmann, Autor und Kabarettist, Freiburg
Klaus Dick, pax christi, Ravensburg
Prof. Dr. Thomas Diez, Professor für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen, Rottenburg
Dr. Bernhard Dinkelaker, Evang. Pfarrer i. R., Filderstadt
Bernhard Docke, Rechtsanwalt, Bremen
Helga Döring-Kles, Dipl.-Bibliothekarin, Mitglied des Friedensbüros Hannover und ver.di, Hannover
Jürgen Dornis, Lehrer und Fachkraft Entwicklungszusammenarbeit i.R., Herdwangen
Prof. Dr. Klaus Dörre, Soziologe, FSU Jena, Jena
Juliane Drechsel-Grau, Studierende der Rechtswissenschaften, Berlin
Eugen Drewermann, Theologe, Paderborn
Prof. i.R. Dr. Wolfram Elsner, ehem. Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Bremen, Bremen
Jun.-Prof. Dr. Simone Emmert, LL.M.Eur, Juniorprofessur für Recht an der Theologischen Hochschule Friedensau und Rechtsanwältin, Friedensau
Ulrich Engelfried, Hamburger Landessprecher der Neuen Richtervereinigung und Redakteur der Zeitschrift „Betrifft Justiz“, Hamburg
Dr. Matthias-W. Engelke, Pfarrer und Geschäftsführer Förderkreis Darmstädter Signal, Köln
Dr. Kerstin Eppert, Konfliktforscherin, Bielefeld
Frieder Fahrbach, Systemischer Psychologe, Vorstand Friedensregion Bodensee e.V., Lindau
Dr. Heiner Fechner, Postdoctoral Researcher, Bremen
Hans-Josef Fell, Mitglied deutscher Bundestag 1998-2013, Hammelburg
Bernd-Dieter Fischer, Vorsitzender der Fachgruppe „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ in der Evangelisch-methodistischen Kirche in Deutschland
Ulrich Frey, Mitglied im Vorstand der Martin-Niemöller-Stiftung, Bad Honnef
Prof. i.R. Dr. Wolfgang Frindte, Psychologe und Kommunikationswissenschaftler, Jena
Uwe Fröhlich, Dipl.-Kulturarbeiter, Stadtverordneter der Stadtfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Potsdam

- Malte Fröhlich**, Spielplatzbauer und Bildhauer, Tangermünde
- Prof. Dr. Albert Fuchs**, Dipl.-Psych., Hochschullehrer i.R., Meckenheim
- Christiane Fuchs**, wissenschaftliche Referentin für Bildungspolitik beim Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi), Regensburg
- Prof. Dr. Dr. Jochen Fuchs**, Rechtswissenschaftler, Berlin
- Heimfried Furrer**, Lehrer i.R., Lahr
- Mathilde Furtner**, Vorsitzende Aktion Freiheit statt Angst, Berlin
- Detlef Gaida**, stellv. Vorsitzender des Martin-Luther-King-Zentrums Werdau, Vorsitzender der Friedensinitiative Reichenbach e. V., Elsterberg
- Joachim Garstecki**, Dipl.-Theologe und Friedensethiker, Magdeburg
- Jan Gildemeister**, Geschäftsführer der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF), Bonn
- Dr. Rolf Gössner**, Rechtsanwalt und Publizist, Internationale Liga für Menschenrechte, Bremen
- Udo Grotz**, Pfarrer und Religionslehrer i.R., Heitersheim
- Dr. Markus Gunkel**, Vorsitzender des Hamburger Forums für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V., Schwarzenbek
- Johannes Haak**, Theologe und Superintendent, Hildburghausen
- Ullrich Hahn**, Präsident des Internationalen Versöhnungsbundes, Deutscher Zweig, Villingen-Schwenningen
- Bernd Hahnfeld**, Richter i.R., Köln
- Xanthe Hall**, Geschäftsführender Vorstand ICAN Deutschland e.V., Geschäftsführerin der deutschen Sektion der IPPNW, Berlin
- Dr. h.c. Heinrich Hannover**, Rechtsanwalt, Worpsswede
- Prof. Dr. Felix Hanschmann**, Rechtswissenschaftler, Berlin
- Peter Hanselmann**, ev. Pfarrer i.R., Breisach am Rhein
- Prof. Dr. Bernhard Hardtung**, Rechtswissenschaftler und Mediator, Rostock
- Dr. Christian Harms**, Radiologe i.R., Schriftführer bei Friedensregion Bodensee e.V., Mitglied bei IPPNW, Überlingen
- Reinhard Hauff**, Pfarrer und Vorstandsmitglied bei Pro Ökumene Württemberg e.V., Heiningen
- Dr. Susanne Hedlund**, Psychologische Psychotherapeutin, Prien
- Antje Heider-Rottwilm**, OKRn i.R., Vorsitzende von Church and Peace - Europäisches Friedenskirchliches Netzwerk, Berlin/Wethen
- Anne Heitmann**, Pfarrerin, Ettlingen
- Prof. Dr. Uwe Hellmann**, Lehrstuhl für Strafrecht, insbesondere Wirtschaftsstrafrecht, Universität Potsdam, Potsdam
- Klaus Hennemann**, Richter i.R., Heidelberg
- Dr. Peter Herrlich**, Molekularbiologe, Jena
- Lea Heuser**, Vorstandsmitglied Aachener Friedenspreis, Aachen
- Prof. Dr. Peter Hildebrandt**, Institut für Chemie, TU Berlin, Berlin
- Karen Hinrichs**, Geschäftsführende Direktorin des Friedensinstituts der Evangelischen Hochschule Freiburg, Freiburg
- Prof. Dr. Gudrun Hochmayr**, Professorin für Strafrecht, insb. Europäisches Strafrecht und Völkerstrafrecht, Frankfurt/Oder
- Irmgard Hofer**, Vorsitzende Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit IFFF/WILPF
- Rainer Hoffmann**, DGB-Vorsitzender, Berlin
- Lothar Höfler**, 1. Vorsitzender Keine Waffen vom Bodensee e.V., Lindau
- Prof. Dr. Ekkehard Hofmann**, Professor für Öffentliches Recht an der Universität Trier, Trier
- Dr. Elvira Högemann**, Slavische Literatur- und Sprachwissenschaft, Köln

- Prof. Dr. Hartwig Hummel**, Professur für Europapolitik/Internationale Beziehungen, Universität Düsseldorf, Düsseldorf
- Philipp Ingenleuf**, Geschäftsführer Netzwerk Friedenskooperative, Bonn
- Jennifer Ingenleuf**, Vorsitzende des Frauennetzwerk für Frieden e.V., Bonn
- Ernst-Ludwig Iskenius**, Arzt i.R., Mitglied der deutschen Sektion der IPPNW, Lübtheen
- Timo Jacobs**, Schauspieler, Regisseur und Produzent, Berlin
- Volker Jansen**, Lehrer i.R., Vorsitzender des Freundeskreis Brest [Belarus] e.V., Weingarten
- Aline Jung**, Sprecherin von „unterwegs für das Leben“, Ettenheim
- Ute Friederike Jürß**, Bildende Künstlerin, Lübeck
- Benedikt Kaleß**, Vorstandsmitglied Aachener Friedenspreis, Wuppertal
- Dieter Kaltenhäuser**, DFG-VK, Freiburg und Bündnis für einen gerechten Frieden zwischen Israelis und Palästinensern e.V., Breisach
- Elisabeth Kaltenhäuser**, DFG-VK, Freiburg und Bündnis für einen gerechten Frieden zwischen Israelis und Palästinensern e. V., Breisach
- Kornelia Kania**, Vorsitzende Richterin am LAG (Hamm), Barsinghausen
- Kristine Karch**, Co-Sprecherin internationales Netzwerk No to war - no to NATO, Düsseldorf
- Michael Karg**, Propst i.R., Vorsitzender der Martin-Niemöller-Stiftung e.V., Reiskirchen
- Sima Kassaie-van Ooyen**, Friedens- und Zukunftswerkstatt FFM, Frankfurt a.M.
- Jutta Kausch**, Schauspielerin, Friedenskoordination Berlin, Berlin
- Wolfgang Keim**, Schuldekan i.R., Teningen-Heimbach
- Christian Keller**, Dekan i. R., Villingen-Schwenningen
- Cornelia Kerth**, Bundesvorsitzende der VVN-BdA, Hamburg
- RA Joachim Kerth-Zelter**, Bundesvorsitzender der Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen, Solingen
- Dr. Inez Kipfer-Didavi**, Geschäftsführerin von Handicap International, Berlin/München
- Lieselotte Kirstein-Mätzold**, Trainerin für Gewaltfreie Kommunikation und Mitglied des Internationalen Versöhnungsbundes, Lebenslaute, Friedensbüro Hannover, Hannover
- Claus Kittsteiner**, Historiker, Bodenseekreis
- Prof. Dr. Michael Klundt**, Prof. für Kinderpolitik am Fachbereich Angewandte Humanwissenschaften der Hochschule Magdeburg-Stendal und Mitglied im Beirat des Bundes demokratischer Wissenschaftler/innen, Stendal
- Martina Knappert-Hiese**, Referentin Friedensregion Bodensee e.V., Kressbronn a.B.
- Werner Koep-Kerstin**, Vorsitzender der Humanistischen Union, Berlin
- Robert Kölblin**, Entwicklungsingenieur, aktiv im Forum Friedensethik der Ev. Landeskirche Baden, Lörrach
- Dr. Elke Koller**, Sprecherin der Regionalgruppe Cochem-Zell des Internationalen Versöhnungsbundes, Leienkaul
- Prof. Dr. Arnold Köpcke-Duttler**, Rechtsanwalt und Diplom-Pädagoge, Ochsenfurt
- Doris Korpiun**, Ökumene-Beirat im Kirchenkreis Essen, Essen
- Beate Körsgen**, Internationaler Versöhnungsbund Regionalgruppe Mainz und Pax Christi Nachhaltigkeitsgruppe Mainz-Bretzenheim, Mainz
- Dorothea Kötter**, Konferenzdolmetscherin, Bonn
- Prof. Dr. Markus Krajewski**, Rechtswissenschaftler, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Erlangen
- PD Dr. Werner Kratz**, Freie Universität Berlin, Institut für Biologie, Berlin
- Prof. Dr. Hans-Jörg Kreowski**, Professor für Informatik, Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FIF), Bremen
- Dr. Ulrike Kronfeld-Goharani**, Meeres- und Nachhaltigkeitsforscherin, Kiel

Dr. Uwe Krüger, Kommunikations- und Medienwissenschaftler, Leipzig
Kevin Kühnert, stellvertretender Vorsitzender der SPD, Berlin
Karin Kümmerlein, Presbyterin der Ev. Kirchengemeinde Werden, Essen
Marion Küpker, Friedensreferentin des Versöhnungsbundes e.V./Schwerpunkt Atomwaffen, Hamburg
Ekkehard Lagoda, Ev. Schulreferent, Pfarrer, Bad Kreuznach
Angela Lamprianidou, Zahnärztin und Choreographin, Berlin
Rüdiger Lancelle, Internationaler Versöhnungsbund Regionalgruppe Cochem-Zell, Cochem
Karl-Wilhelm Lange, Regierungspräsident i.R., Hann. Münden
Prof. Dr. Silke Ruth Laskowski, Professorin für Öffentliches Recht, Völkerrecht und Europarecht, SP Umweltrecht an der Universität Kassel, Kassel
Dr. Karin Lenk-Mimietz, Zahnärztin, Jena
Ekkehard Lentz, Sprecher Bremer Friedensforum, Bremen
Dr. Bernhard Liehl, Mathematiker, Überlingen
Volker Lindemann, Richter i.R., ehem. Vizepräsident des OLG Schleswig, Schleswig
Dr. Gerhard Loettel, Autor und Übersetzer, Pfarrer em. und ehem. Vorsitzender Demokratischer Aufbruch Magdeburg, Magdeburg
Andreas Loos, Pfarrer im Ev. Kirchenkreis Oberhausen, Ausschuss Wirtschaft-Arbeit-Soziales (WAS), Oberhausen
Pascal Luig, Kampagne Stopp Air Base Ramstein, Berlin
Jürgen Maier, Geschäftsführer Forum Umwelt und Entwicklung, Berlin
Prof. Dr. Nora Markard, Rechtswissenschaftlerin, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Münster
PD Dr. Christian Marxsen, Rechtswissenschaftler, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Heidelberg
Aiman Mazyek, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Berlin
Anja Mewes, Vorsitzende der Friedensglockengesellschaft Berlin e.V., Berlin
Johannes Mikeska, Rechtswissenschaftler, Geschäftsführender Vorstand ICAN Deutschland e.V., Genf
Peter Mimietz, Dipl.-Ing., Ernst Abbe Hochschule Jena, Jena
Dr. Hans Misselwitz, parlamentarischer Staatssekretär a.D., Berlin
Pfarrerin Ruth Misselwitz, ehem. Vorsitzende Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V., Berlin
Werner Mittelstaedt, Zukunftsforscher, Autor und Herausgeber BLICKPUNKT ZUKUNFT, Haltern am See
Prof. Dr. habil. Klaus Moegling, Studiendirektor i.R., apl. Professor am Fb Gesellschaftswissenschaften der Universität Kassel, Immenhausen
Prof. Dr. Manfred Mohr, Sprecher ICBUW Deutschland, Berlin
Petra Mörbitz, Verwaltungsrichterin a.D., Düsseldorf
Hans Mörtter, Pfarrer der Evangelischen Lutherkirche in der Kölner Südstadt, Köln
Walther Moser, Altenpfleger i.R., Freiburg
PD Dr. Ulrich Moustakas, Theologe, Eberhard-Karls-Universität Tübingen, Tübingen
Uta Mühleis, Volkswirtin und Sozialökonomin, Berlin
Michael Müller, Bundesvorsitzender der NaturFreunde Deutschlands, Berlin
Helmut Müller, Pfarrer, Gemeindedienst für Mission und Ökumene Region Köln-Bonn, Siegburg/Oberhausen
Dr. med. Gisela Müller, Allgemeinmedizinerin, Tübingen
Dr. Eberhard Müller, Biologe/Ökologe, Theologe, Zell a.H.
Ulrich Müller-Froß, Pfarrer i.R., Müllheim
Wolfgang Musigmann, Diakon, Erfurt
Wolfgang Nick, Vorstandsmitglied Friedensmuseum Nürnberg, Nürnberg
Prof. Dr. Kai Niebert, Präsident Deutscher Naturschutzring, Berlin

Horst Niemeier, Pfarrer i.R., Bielefeld
Paul Nowicki, Diakon, Vorsitzender von pax christi, Diözesanverband Speyer, Speyer
Volkert Ohm, Rechtsanwalt, Bremen
Jacqueline Olesen, Religionspädagogin, Baden-Baden
Viktor Pews, Rechtsanwalt, Berlin
Florian D. Pfaff, Maj. a.D., Sprecher des Arbeitskreises Darmstädter Signal
Dr. Gerd Pflaumer, Darmstädter Signal, Bad Honnef
Dr. Sebastian Pflugbeil, Physiker, Präsident der Gesellschaft für Strahlenschutz, Berlin
Volker Pispers, Kabarettist, Düsseldorf
Ralf-Erik Posselt, Erzdiakon, Mülheim an der Ruhr
Rüdiger Postier, Richter am Bundesverwaltungsgericht a.D., Potsdam
Urban Priol, Kabarettist, Aschaffenburg
Prof. Dr. Volker Quaschnig, Professor für Regenerative Energiesysteme, Berlin
Eva Quistorp, MdEP a.D., Mitgründerin der Grünen und der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin
Annette Raatz, Mitglied des Kuratoriums des Gemeindedienst für Mission und Ökumene westliches Ruhrgebiet, Essen
Prof. em. Dr. Konrad Raiser, Theologe, ehem. Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen, Berlin
Myriam Rapior, Vorstandsmitglied der BUNDjugend, Berlin
Horst-Peter Rauguth, Geistlicher Beirat der pax christi-Bewegung in Deutschland, Saarbrücken
Rainer Rehak, Vorstandsmitglied Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung, Berlin
Martin Renner, ev. Pfarrer i.R., Seelbach
Kathrin-A. Richter, Lehrer i.R., Essen
Wolfgang Richter, Lehrer i.R., Essen
Udo Rödel, Institutskonrektor a.D., Münchberg
Jens Rohlfing, Pastor, Hitzacker
Herbert Römpp, Diakon, Hilpoltstein
Clemens Ronnefeldt, Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des internationalen Versöhnungsbundes, Freising
PD Dr. Ulrich Roos, Politikwissenschaftler, Frankfurt a.M.
Dr. med. Alex Rosen, Kinderarzt, Co-Vorsitzender der deutschen Sektion der IPPNW, Berlin
Horst-Heiner Rotax, Richter i.R., Adendorf
Prof. Dr. Werner Ruf, Politikwissenschaftler, Edermuende
Dr. Björn Rugenstein, Geophysiker, Vorstand der Martin-Niemöller-Stiftung, Hallig Hooge
Apl. Prof. Dr. Edin Sarcevic, apl. Professor für Öffentliches Recht, Völkerrecht und Europarecht, Universität Leipzig, Leipzig
Dr. Ulrich Sartorius, Rechtsanwalt, Breisach
Isabel Sasse, Lehrerin i.R., Lahr
Volker Sasse, Arzt i.R., Lahr
Paul Schäfer, ehem. Mitglied des Deutschen Bundestages für DIE LINKE., Mitglied der Redaktion von Wissenschaft und Frieden, Köln
Prof. Dr. Uwe Scheffler, Rechtswissenschaftler, Frankfurt (Oder)
Prof. Dr. Jürgen Scheffran, Physiker und Geograph, Hamburg
Dr. Hildegard Scheu, Vorstandsvorsitzende WEED e.V. – World Economy, Ecology & Development, Berlin
Dorothea Schiefer, Vorsitzende RichterIn am VG i.R., Frankfurt (Oder)
Susanne Schlatter, Biologin, Freiburg

Heidrun Schlegel, Kulturmanagerin, Lahr/Schwarzwald

Prof. i.R. Dr. Rainer Schlösser, Professor i.R. für Romanische Sprachwissenschaft der FSU Jena, Luckenwalde

Wolfgang Schlupp-Hauck, Mediator in Strafsachen und Sozialarbeiter, Schwäbisch Gmünd

Christa Schmaus, Vorstandsmitglied der Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V., Mutlangen

Thomas Schmidt, Generalsekretär der Europäischen Vereinigung von Juristinnen und Juristen für Demokratie und Menschenrechte in der Welt e.V. (EJDM), Düsseldorf

Prof. i.R. Dr. Christoph Schminck-Gustavus, Historiker und Professor für Rechtsgeschichte, Bremen

Prof. Dr. Inge Schmitz-Feuerhake, Hochschullehrerin für Physik i.R., Hannover

Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR), Berlin

Klaus Schramm, Friedensforum Lahr, Lahr

Margret Schramm-Heiss, Religionsleherin i.R., pax christi, Lindenberg Allgäu

Claus Schreer, Sprecher Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus, München

Karl Schulte, Bundesarbeitskreis der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte In der Vereinten Dienstleistungswerkschaft – ver.di –, Celle

Eberhard Schultz, Menschenrechtsanwalt, Berlin

Prof. Dr. Antje Schumann, Rechtswissenschaftlerin, Wentorf bei Hamburg

Werner Schwamb, Vorsitzender Richter am OLG Frankfurt a.M. i.R. und Bundessprecher der Neuen Richter Vereinigung, Marburg

Prof.em. Dr. Dr.h.c. Dieter Senghaas, Friedens-, Konflikt- und Entwicklungsforscher, Bremen

Prof. Dr. Jan Sieckmann, Universitätsprofessor, Erlangen

Ekkehard Sieker, freier Fernseh- und Wissenschaftsjournalist, Blomberg

Prof. Dr. Stefan Silber, Professor für Systematische Theologie an der Katholischen Hochschule NRW, Paderborn

Amela Skiljan, LL.M. Eur, Berlin

Prof. em. Dr. Gert Sommer, Prof. em. für Psychologie, Marburg

Jörg Sommer, Vorstandsvorsitzender Deutsche Umweltstiftung, Berlin

Prof. Klaus Staeck, Heidelberg

Jochen Stay, Geschäftsführer .ausgestrahlt - gemeinsam gegen Atomenergie, Buchholz/Nordheide

Dr. Wolfgang Steuer, Arzt, Vorstandsvorsitzender des Netzwerk Friedenssteuer e.V., Trossingen

Gerhard Stichling, Vorsitzender AK Frieden im Kirchenbezirk Breisgau-Hochschwarzwald, Heitersheim

Michael Strake, Lehrer i.R., Geschäftsführer von pax christi, Diözesanverband Speyer, Hütschenhausen

Johano Strasser, Mitglied der Grundwerte-Kommission der SPD

Christoph Strecker, Richter i.R., Mediator, Stuttgart

Ingrid Strom, Sozialpsychologin, Lindau

Felix Sühlmann-Faul, Techniksoziologe und Geschäftsinhaber, Braunschweig

Marlis Tepe, Vorsitzende GEW, Frankfurt a.M.

Prof. Dr. Alexander Thiele, Georg-August-Universität Göttingen, Vertretung des Lehrstuhls für Öffentliches Recht und Staatsphilosophie an der LMU München, Göttingen

Dr. Hubert Thielicke, Politologe, Ahrensfelde b. Berlin

Ursula Thomé, Pfarrerin, Mülheim an der Ruhr

Dr. John Philipp Thurn, Richter, Forum Justizgeschichte e.V., Berlin

Prof. em. Dr. Claus Tiedemann, Professor em. für Sportwissenschaft der Universität Hamburg, Felde

Susanna Trackl, Religionspädagogin, Berlin

Bernhard Trautvetter, Studiendirektor i.R., Sprecher des Essener Friedensforums, Essen

Gayle Tufts, Entertainerin, Berlin

- Prof. Dr. Peer Ueberholz**, Hochschule Niederrhein - Fachbereich Elektrotechnik und Informatik, Krefeld
- Max Uthoff**, Kabarettist, Neues aus der Anstalt, München
- Willi van Ooyen**, Friedensratschlag, Frankfurt a.M.
- Bernhard Völk**, Schulbegleiter, Augsburg
- Christoph von Lieven**, Greenpeace Campaigner Frieden und atomare Abrüstung, Hamburg
- Dr. Beate Wagner**, Politikwissenschaftlerin, Berlin und Halle
- Helga Wagner**, Ergotherapeutin, Aglasterhausen
- Harald Wagner**, Pfarrer i.R., Korntal-Münchingen
- Jürgen Wagner**, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Informationsstelle Militarisierung in Tübingen, Tübingen
- Prof. em. Dr. Ulrich Wagner**, Prof. em. für Sozialpsychologie, Marburg
- Stefanie Wahl**, pax christi-Bundesvorsitzende, Fulda
- Prof. Dr. med. Hannes Wandt**, Internist, Nürnberg
- Prof. Dr. Jutta Weber**, Mediensoziologin, Paderborn
- Prof. i.R. Dr. Olaf Weber**, Initiative „Welt ohne Waffen“ Weimar, Weimar
- Konstantin Wecker**, Poet und Musiker, München
- Prof. Dr. Hubert Weiger**, Naturschützer
- Frank Werneke**, Vorsitzender Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Berlin
- Maria Wessel**, Hausfrau, Berg
- Klaus Weyers**, Lehrer i. R., Berlin
- Angelika Wilmen**, Geschäftsstellenleiterin der deutschen Sektion der IPPNW, Berlin
- Elke Winter**, Vorstandsmitglied Friedensmuseum Nürnberg, Nürnberg
- Bernd Wipper**, Arzt und Theologe, Vorsitzender von Friedensregion Bodensee e.V. und Sprecher von DFG-VK Bodensee-Oberschwaben, Überlingen
- Lucas Wirl**, Geschäftsführer IALANA Deutschland e.V., Falkensee
- Christiane Wittmann**, Rentnerin, Essen
- Herbert Wolf**, Lehrer i.R., Speyer
- Veronika Wolf**, Interessengemeinschaft Absturz in Remscheid, Wuppertal
- Prof. Dr. Herbert Wulf**, Friedens- und Konfliktforscher, Pinneberg
- Jutta Wunderlich**, Festivalproduzentin International Uranium Film Festival, Berlin
- Prof. Dr. Angelika Zahrnt**, Wirtschaftswissenschaftlerin, Neckargemünd
- Dr. Theodor Ziegler**, Religionspädagoge, Mitglied im Koordinationskreis Sicherheitneudenken.de, Leitungskreis des Forums Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche in Baden, Baiersbronn
- Michael Zimmermann**, Beauftragter für Friedens- und Versöhnungsarbeit der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens, Dresden
- Hans-Joachim Zobel**, Dekan i.R., Freiburg
- Prof. Dr. Ralf Zoll**, Soziologe, Friedens- und Konfliktforscher, Gemünden